

## „In der GroKo geht kaum noch was“

*Die Frühjahrssitzung des BGA-Ausschusses für Agrar- und Ernährungswirtschaft fand im März in Berlin statt. Dabei diskutierten die Teilnehmer mit dem Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), Dr. Hermann Onko Aeikens, der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD im Deutschen Bundestag, Ute Vogt, und ließen sich von Prof. Dr. Matthias Ziegler den TÜV-zertifizierten Personalauswahltest G8T erläutern.*

Zu Beginn der Sitzung kritisierte Vogt den inhaltlichen Stillstand, der in der Großen Koalition zum Thema Agrar- und Ernährungswirtschaft vorherrsche und warf Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt mangelnde Durchschlagskraft vor. Sodann stellte sie wichtige Aspekte der SPD-Agenda im Bereich Agrar- und Ernährungswirtschaft vor. So müsse der Wert von und die Anerkennung für Lebensmittel gesteigert sowie die Behandlung von Tieren verbessert werden. Die SPD werde sich dafür einsetzen, die Wertschöpfungskette transparenter zu machen und einen Schwerpunkt auf regionale Produkte zu legen. Bei der Förderung der Landwirtschaft müsse der Grundsatz gelten: „Öffentliches Geld nur für öffentliche Aufgaben“. Zu letzteren zählten vor allem die Ernährungssicherheit sowie der Schutz der Natur, der Umwelt, des Klimas und des Tierschutzes. Darüber hinaus solle sich die Förderung von Landwirtschaft mehr auf die nationale Wertschöpfungskette und weniger auf die für den Export bestimmte Produktion konzentrieren. Mit Blick auf die Verbraucher sprach sich Frau Vogt gegen Verbote und dafür aus, dass die Menschen selber entscheiden, was sie essen. Dies setze jedoch maximale Transparenz voraus. Eine Nährwertampel finde daher in der SPD-Fraktion viel Unterstützung. Zudem müsse die Ernährungsbildung verbessert werden, was gleichzeitig auch zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung beitrage.

In der anschließenden Diskussion betonten die Ausschussmitglieder, dass mit Blick auf die landwirtschaftliche Wertschöpfungskette immer auch der wirtschaftliche Aspekt berücksichtigt werden müsse. Von einem grenzüberschreitenden Handel würden alle Beteiligten profitieren. Viele der von Vogt genannten Punkte seien grundsätzlich zu begrüßen, müssten aber an der einen oder anderen Stelle anders

angegangen werden. Wichtig sei ein realistischer und umsetzbarer Rechtsrahmen für die Wirtschaft, der Rechtssicherheit bringe. Die geringe Wertschätzung für Lebensmittel müsse als gesellschaftspolitisches Problem gelöst werden.

### G8T – Great Eight Tachometer

Als zweiter Gast des Ausschusses stellte Prof. Dr. Matthias Ziegler von der Humboldt-Universität zu Berlin den Great Eight Tachometer vor. Dabei handelt es sich um ein wissenschaftlich fundiertes und TÜV-zertifiziertes Kompetenzmodell, mit dem Personalentscheidungen, insbesondere auch für Führungspositionen, überprüft und unterstützt werden können. Professor Dr. Ziegler erläuterte die Entstehung des G8T und dessen Funktionsweise in der Praxis. Nach seinem Vortrag ging der Psychologe auf Detailfragen der Ausschussmitglieder ein und legte die vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten des Kompetenzmodells im Rahmen der Personalpolitik von Wirtschaftsunternehmen dar.

### Gespräch mit Staatssekretär Dr. Aeikens

Staatssekretär Aeikens, war der dritte Gast der Sitzung. Er ging in seinem Eingangsstatement unter anderem auf die Themen internationaler Agrarhandel und Brexit, die zukünftige Ausrichtung der Landwirtschaft in Deutschland, die Novellierung des nationalen Düngegesetzes und der nationalen Düngeverordnung sowie die Zukunft der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik ein. Dabei betonte er, dass sein Ministerium sich ausdrücklich für internationalen Agrarhandel einsetze, was durch eine Vielzahl von Reisen seitens der Hausführung sowie eine Aufstockung des Personals

belegt sei. Zudem zeigte er sich optimistisch, dass die Novellierung des nationalen Düngerechts in den kommenden Wochen abgeschlossen werde.

Die Ausschussmitglieder erörterten in der anschließenden Debatte mit dem Staatssekretär weitere Problemfelder. Dazu zählten die nationale Nutztierstrategie, das Thema Pflanzenschutz im Allgemeinen und der Vorratsschutz im Speziellen, die zum Teil unkoordinierte Probennahme der einzelnen Bundesländer und daraus resultierende Schwierigkeiten für bundesweit agierende Unternehmen sowie die Förderung von Biogasanlagen. Aekens sprach mehrfach das Angebot aus, sich bei einzelnen Fragen direkt an ihn zu wenden.

Zu guter Letzt diskutierten die Teilnehmer intern unter anderem über die Pläne Chinas für ein allgemeines Lebensmittelzertifikat, vermeintlich unfaire Verhandlungspraktiken innerhalb der Lebensmittelwertschöpfungskette, den Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung sowie das Thema Lebensmittelverschwendung.

**i** Die nächste Sitzung des BGA-Ausschusses für Agrar- und Ernährungswirtschaft soll am 14. September 2017 in Bonn stattfinden, in Verbindung mit dem traditionellen Barbecue der im BGA organisierten Agrar-Verbände.

[Sebastian Werren]

## BGA AKTUELL

### BGA zum Brexit: Ein schwerer Abschied beginnt

„Heute wird die britische Regierung formell den Austritt Großbritanniens aus der EU erklären. Damit stehen uns jetzt zwei Jahre schwierige Verhandlungen bevor. Auch im Zeitalter der Digitalisierung bleibt der Handel mit Gütern und Dienstleistungen von größter Bedeutung. Gerade hier wären Zölle und regulatorische Barrieren schlecht für beide Seiten. Insbesondere besteht die Gefahr der unterschiedlichen Entwicklung bei Standardisierungen für Produkte, die Großbritannien als Absatzmarkt unattraktiv machen und umgekehrt für die britischen Konsumenten weniger und teurere Produkte bedeuten.“ Dies erklärt BGA-Präsident Anton F. Börner heute in Berlin.

Allerdings dürfe der Handel mit Gütern nicht losgelöst von den anderen Freiheiten gesehen werden, auch Zugeständnisse für bestimmte Branchen seien kritisch zu bewerten.

Zudem brauchten die Unternehmer nach den zwei Jahren Verhandlungen Planungssicherheit. Gerade im Hinblick auf die kurze Zeit dürfte dies eine große Herausforderung sein, wenn man bedenke, dass alleine schon das Verhandeln eines Handelsabkommens binnen zweier Jahre eine Herkulesaufgabe sei. Für das europäisch-kanadische Freihandelsabkommen Ceta habe man sieben Jahre gebraucht – ohne Regulierungsfragen, die im Falle Großbritanniens noch vielfältig dazu kommen.

„Ob das alles zu schaffen ist, hängt wesentlich davon ab, wie kooperativ sich insbesondere die britische Seite zeigt, eingegangene Verpflichtungen aus der Vergangenheit auch zu erfüllen. Sofern dies gegeben ist, hat auch Europa ein hohes Interesse an einem guten Miteinander mit Großbritannien. Beide Seiten können angesichts der weltpolitischen Herausforderungen und der sie einenden gemeinsamen Werte kein Interesse haben, die Situation eskalieren zu lassen. Das setzt aber auch die Einsicht der Briten voraus, dass wer den Club aus eigenen Stücken verlässt, nicht kostenlosen Zutritt erwarten kann. So sind die Regeln, denen einmal alle zugestimmt haben. Um das Vertrauen in die EU und deren Institutionen nicht weiter zu schwächen, sollten wir alles daran setzen, diese Regeln einzuhalten. Es wäre ein verheerendes Signal nach innen und außen, wenn die EU etwas zu verschenken hätte“, so Börner abschließend.

**i** BGA-Pressemitteilung vom 29. März 2017

### PKW- Maut ist ein wichtiger und richtiger Schritt in die Nutzerfinanzierung

„Die Einführung der PKW-Maut ist ein wichtiger und richtiger Schritt von der steuer- hin zu einer nutzerfinanzierten Infrastrukturpolitik. Dieser Systemwechsel ist definitiv geboten, um unsere marode und überlastete Infrastruktur wieder auf Vordermann zu bringen. Die Nutzerfinanzierung und die zu gründende Infrastrukturgesellschaft stellen die richtigen Weichen für eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik.“ Dies erklärte Carsten Taucke, Vorsitzender des BGA-Verkehrsausschusses, anlässlich der Zustimmung des Bundestages zum Infrastrukturabgabengesetz.

„Obgleich zu befürchten ist, dass die tatsächlichen Mehreinnahmen weit unter den veranschlagten liegen, ist die jetzt beschlossene Infrastrukturabgabe ein wegweisender erster Schritt, alle Nutzer an den Kosten für eine leistungs-

fähige Verkehrsinfrastruktur zu beteiligen. Die Einnahmen daraus müssen nutzerbezogen und vollständig reinvestiert werden. Keinesfalls dürfen mautbedingte Einnahmen der Querfinanzierung anderer Verkehrsträger dienen“, so Taucke abschließend.

📄 BGA-Pressemitteilung vom 24. März 2017

## EUROPA

### 60 Jahre Römische Verträge – ein Appel für ein einiges Europa

Am 25. März begingen die 27 Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten und die Präsidenten des Europäischen Rates, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission das 60-jährige Jubiläum der Römischen Verträge, mit denen im Jahr 1957 in Rom sechs Länder sich zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Europäischen Atomgemeinschaft zusammenschlossen und damit den Grundstein für die Europäische Union legten. Die Gründerväter der europäischen Einigung verstanden das als einen politischen Schritt zur Überwindung der Folgen zweier Weltkriege. Durch eine stärkere und engere wirtschaftliche Zusammenarbeit sollte die Grundlage für ein Zusammenleben in Wohlstand und Freiheit geschaffen werden. Die gemeinsamen Werte von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte sollten hierfür die Basis bilden.

In der Erklärung von Rom einigten sich die Staats- und Regierungschefs nun auf vier Prioritäten: 1. ein sicheres und geschütztes Europa und eine wirksame, verantwortliche und nachhaltige Migrationspolitik, 2. ein wohlhabendes und nachhaltiges Europa, 3. ein soziales Europa, 4. ein stärkeres Europa in der Welt. In der Erklärung betonten sie vor allem den Willen zum gemeinsamen Handeln:

„Die EU steht vor nie dagewesenen Herausforderungen auf globaler und nationaler Ebene: regionalen Konflikten, Terrorismus, wachsendem Migrationsdruck, Protektionismus sowie sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten. Gemeinsam sind wir entschlossen, die Herausforderungen einer sich rasch wandelnden Welt anzugehen und unseren Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit und neue Chancen zu bieten.“

Wir werden die Europäische Union durch noch mehr Einheit und Solidarität untereinander und die Achtung gemeinsamer Regeln stärker und widerstandsfähiger machen. Einheit ist zugleich eine Notwendigkeit und unsere freie Entscheidung. Einzelnen würden wir durch die globale Dynamik an den Rand gedrängt. Zusammenhalt gibt uns die beste Chance, auf diese Dynamik Einfluss zu nehmen und unsere gemeinsamen Interessen und Werte zu verteidigen. Wir werden gemeinsam – wenn nötig mit unterschiedlicher Gangart und Intensität – handeln, während wir uns in dieselbe Richtung bewegen, so wie wir es schon in der Vergangenheit getan haben; dies wird im Einklang mit den Verträgen geschehen und die Tür wird allen offen stehen, die sich später anschließen möchten. Unsere Union ist ungeteilt und unteilbar.“

Es ist zu hoffen, dass die Mitgliedstaaten der EU den Willen, die Kraft und die Geschlossenheit aufbringen, in diesem Geist Europa weiterzuentwickeln, Erfolge auszubauen und ungelöste Probleme zu lösen.

[Jan Eggert]

## UMWELT

### Erfolgreicher BGA/BDI Workshop „Ökodesign und Ressourceneffizienz“ in Berlin

Die Einbeziehung von Kriterien von Ressourceneffizienz wird derzeit im Rahmen von EU Kreislaufwirtschaftspaket (Mitteilung der Europäischen Kommission "Den Kreislauf schließen – Ein Aktionsplan der EU für die Kreislaufwirtschaft") und dem Arbeitsplan Ökodesign 2016-2019 vom 30. November 2016 in Brüssel diskutiert. Die Verbände nahmen dies zum Anlass, über die aktuellen Entwicklungen zu informieren und über deren Auswirkungen zu diskutieren. So berichteten Vertreter der Europäischen Kommission, des Bundesumweltministeriums, des Bundeswirtschaftsministeriums sowie der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM) über die aktuellen Entwicklungen und Vorhaben. Für die Wirtschaft waren Vertreter aus dem Elektrogroßhandel, Elektroindustrie und Maschinenbau anwesend. Dabei wurde deutlich, dass die Erfassung, Bewertung und Gewichtung von Kriterien der Ressourceneffizienz bei Produkten wesentlich komplexere Lösungsstrategien erfordert als das bei dem bisher bei der Umsetzung der Ökodesign-Richtlinie überwiegend fokussierten Energieverbrauch der

Fall war. Dabei gilt es, wichtige Zielkonflikte hinsichtlich der Kategorien Produktsicherheit, Reparierbarkeit, Lebensdauer, Ersatzteilverfügbarkeit, Verbraucherverhalten, Funktion und Kompatibilität, Aufrüstbarkeit etc. zu adressieren und zu lösen. Sebastian Meinel, Emil Löffelhardt GmbH & Co. KG, zeigte insbesondere die Auswirkungen auf den Produktverbindungshandel als auch für den dreistufigen Vertriebsweg über den Großhandel an Fachhandel zum Endverbraucher auf. Auch wurde deutlich, dass mit marktwirtschaftlichen Lösungen besser auf die Bedürfnisse des Verbrauchers eingegangen werden kann. Außerdem wurde aber auch darauf hingewiesen, dass angesichts der Komplexität sich einfache Lösungen nicht anbieten. Stattdessen müssen produktspezifische Anforderungen zur Ressourceneffizienz mit Blick auf alle Aspekte sorgfältig abgewägt und unter Einbeziehung der Lösungskompetenz von Herstellern und In-Verkehr-Bringer entwickelt werden.

[Michael Faber]

wenn sie mit einer so geringen Geschwindigkeit unterwegs sind, dass die Lärmgrenzwerte eingehalten werden können. Der Übergang zu leisen Sohlen ist zu begrüßen, allerdings dürfen die Langsamfahrten nicht dazu führen, dass der Schienenverkehr unwirtschaftlich wird. Insbesondere auf hochbelasteten Streckenabschnitten sind erhebliche Kapazitätsverluste nicht hinnehmbar.

[Meike Tilsner]

### Güterbeförderung der Binnenschifffahrt stagniert 2016

Im Jahr 2016 blieb die Güterbeförderung der Binnenschifffahrt gegenüber dem Vorjahr unverändert. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes wurden wie 2015 insgesamt 221,4 Millionen Tonnen Güter auf deutschen Binnenwasserstraßen transportiert.

① DESTATIS-Pressemitteilung (Auszug) vom 30.03.2017

## AUSSENWIRTSCHAFT

### Importpreise im Februar 2017: + 7,4 % gegenüber Februar 2016

Die Einfuhrpreise waren im Februar 2017 um 7,4 % höher als im Februar 2016. Dies war der höchste Anstieg gegenüber dem Vorjahresmonat seit April 2011 (+ 7,6 %). Im Januar 2017 hatte die Jahresveränderungsrate + 6,0 % betragen, im Dezember 2016 hatte sie bei + 3,5 % gelegen. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, stiegen die Importpreise im Februar 2017 gegenüber Januar 2017 deutlich um 0,7 %.

① DESTATIS-Pressemitteilung (Auszug) vom 29.03.2017

## VERKEHR

### Verbot für laute Güterwagen ab 2020

Der Verkehrsausschuss des Bundestages hat unlängst über den Gesetzesentwurf zum Verbot lauter Güterwagen beraten. Durch das Verbot erhoffen sich die Verantwortlichen Lärmreduzierungen um bis zu 50 Prozent. Das geplante Verbot soll zum Fahrplanwechsel 2020/2021 in Kraft treten. Zur Wahrung der Europarechtskonformität dürfen laute Wagen auch darüber hinaus weiter eingesetzt werden,

### Zitat der Woche

**»Macht nicht drei, sondern fünf Kinder, denn ihr seid die Zukunft Europas. Das wird die beste Antwort sein, die ihr auf die Unverschämtheiten, Feindseligkeiten und Ungerechtigkeiten, die man euch antut, geben könnt.«**

Recep Tayyip Erdogan, türkischer Staatspräsident

### Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. | 10873 Berlin  
Telefon: 030 590099-50 | Telefax 030 590099-519  
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz  
Redaktion: Iris von Rottenburg, Sarah Turan  
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 3. April 2017  
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich